

Vaduz, den 15.1.2010

MEDIENMITTEILUNG

FBP fordert die Fortführung der Reform des Staatskirchenrechtes

Die Reform des Staatskirchenrechtes hatte in der Vorgängerregierung unter Otmar Hasler hohe Priorität und diese Thematik wurde unter Einbezug der Kirchen- und Religionsvertreter, der Gemeinden und anderer Beteiligter mit grosser Sorgfalt vorangetrieben. Daraus resultierte ein Vernehmlassungsbericht, dessen Eingaben und Stellungnahmen der Regierung längst vorliegen.

Inzwischen ist es um diese Reform sehr ruhig geworden, nach Einschätzung des FBP-Präsidiums zu ruhig.

Dabei teilt das FBP-Präsidium nicht die Ansicht S.D. des Erbprinzen, welcher sich im Volksblatt-Interview vom 31. Dezember 2009 dahin gehend äusserte, dass die Reform deshalb ins Stocken geriet, weil die Reform nicht den nötigen Rückhalt in den Parteien, den Gemeinden und der katholischen Kirchen geniesse.

Das FBP-Präsidium ruft den Regierungschef dazu auf, der Reform des Staatskirchenrechtes dieselbe Priorität einzuräumen, wie dies sein Vorgänger getan hat. Wird die Fortführung der Reform des Staatskirchenrechtes weiter verzögert, dürfte es immer schwieriger werden, die konstruktiven Vorarbeiten zu einem positiven Ende zu führen.

Die Reform ist weit gediehen und das Präsidium der FBP erwartet, dass der Regierungschef das Bestreben, die Reform im Verlauf dieser Legislaturperiode zum Abschluss zu bringen, nun aktiv vorantreibt.